

---

# Vom Rif an die Ruhr

## Vorgeschichte und Entwicklung der deutsch-marokkanischen Vereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften vom 21. Mai 1963

Ulf-Dieter Klemm

---

### 1 „Wirtschaftswunder“

Ab 1952 beginnt in der Bundesrepublik Deutschland eine wirtschaftliche Entwicklung (jährliche Wachstumsraten von durchschnittlich 7,6 %), die als das „Wirtschaftswunder“ in die Geschichte eingegangen ist. Trotz des Zustroms von zahlreichen Flüchtlingen braucht die westdeutsche Industrie dringend Arbeitskräfte. Bereits 1955, zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, schließt die Bundesregierung das erste Abkommen zur Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften ab, und zwar mit Italien. 1960 folgen entsprechende Abkommen mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei. Später kommen neben Marokko (1963) noch Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) hinzu. 1973 erfolgt, ausgelöst durch die Ölkrise und die folgende Wirtschaftsflaute, der sogenannte Anwerbestopp, der bedeutet, dass die entsprechenden Vereinbarungen nicht mehr fortgesetzt werden.

Bekanntlich hat der Anwerbestopp nicht dazu geführt, dass der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte abnahm. Im Gegenteil, trotz des von offizieller Seite verkündeten Mantras, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, begannen viele der sogenannten Gastarbeiter sich dauerhaft niederzulassen. Sie wurden – und mehr noch ihre Kinder und Enkel – zu Bürgern „mit Migrationshintergrund“ und haben das Leben in Deutschland nachhaltig beeinflusst und bereichert.

---

### 2 Ein marokkanischer Vorstoß

Wir schreiben das Jahr 1959. Das Königreich Marokko hat seit drei Jahren das spanisch-französische Protektorat abgeschüttelt. Die Bevölkerung wächst sprunghaft – in nur 50 Jahren von ca. 11,5 Millionen auf heute über 30 Millionen. Insbesondere

im Norden des Landes schließen zahlreiche von ausländischen Firmen betriebene Minen. Marokko braucht dringend Arbeitsplätze.<sup>1</sup>

Das Auswärtige Amt (AA) in Bonn teilt dem Generalkonsulat Casablanca mit, am 27.07.1959 habe der Botschaftssekretär der marokkanischen Botschaft in Bonn, Dr. Abdellatif Abdel-Wahhab, im AA vorgesprochen und den Vorschlag unterbreitet, ein Abkommen über die Anwerbung marokkanischer Arbeitskräfte abzuschließen. Dies ist die erste Erwähnung des Themas in den Akten.

Die Reaktion des zuständigen Bundesarbeitsministerium (BMA) erfolgt am 01.09.1959 gegenüber dem AA: kein Bedarf. Der Vorschlag wird abgelehnt. Am 08.10.1959 legt das BMA folgende Begründung nach: Der Präsident des Bundesamtes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV, heute: Bundesagentur für Arbeit) schließe sich der Auffassung des BMA an. Er weise darauf hin, dass große deutsche Unternehmen, die schon in erheblichem Umfang italienische Arbeitskräfte beschäftigen, dazu neigten, sich auf eine in der Nationalität homogene Ausländergruppe zu beschränken, da hierdurch die betriebliche Eingliederung und Betreuung erleichtert werde.

Die marokkanische Botschaft lässt sich nicht entmutigen. Anfang April 1960 wiederholt Dr. Abdel-Wahhab seinen Vorschlag direkt im BMA. Dieses bleibt bei seiner Ablehnung, bietet aber den Abschluss einer Vereinbarung über die Übernahme von bis zu tausend Jungarbeitern zu Lehrzwecken für ein Jahr an, die allerdings eine abgeschlossene Berufsausbildung und Kenntnisse der deutschen Sprache voraussetzt. Dies löst das marokkanische Problem nicht.

Am 06.09.1960 sucht der marokkanische Botschafter El Fassi Staatssekretär (StS) Carstens auf, den späteren Bundespräsidenten. Dies bleibt nicht ohne Wirkung. Das AA schreibt unter Hinweis auf die Demarche des Botschafters dem BMA, dass es aus politischen Gründen nicht möglich sei, darauf eine negative Antwort zu erteilen. Zwar käme der Abschluss eines Anwerbeabkommens wie mit Italien, Spanien und Griechenland nicht in Frage, aber man könne die Botschaft per Note über die gesetzlichen Bestimmungen über die Vermittlung von Ausländern zum Zwecke der Beschäftigung in der Bundesrepublik informieren.<sup>2</sup> In der Tat bestand schon damals die Möglichkeit für Ausländer, mit Zustimmung des Arbeitsamtes einen

---

1 Die Ausarbeitung erfolgte auf Grundlage der Archivakten *Akten B 85* Bd. 878-879 (V6-83. SZV 90.21 „Abkommen über die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften mit Marokko“), Laufzeit 1959-1966, Bd. 625 (V6-80.55 90.21 „Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland, Marokko, u. a.: Einreisesichtvermerke“), Laufzeit 1959-1965. Die Akten sind chronologisch geordnet, aber nicht paginiert. Die jeweiligen Belege finden sich, sofern nicht in Fußnoten angegeben, an den im Text genannten Fundstellen.

2 Schreiben des Auswärtigen Amtes (AA) an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) vom 19.09.1960

individuellen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen abzuschließen. Und einigen Marokkanern gelang dies auch. Dies setzte aber Kontakte und Kenntnisse voraus, welche wohl nur die wenigsten marokkanischen Arbeitslosen hatten.

Einen Monat später erinnert der marokkanische Botschafter den StS im AA an die ausstehende Antwort. Zur Begründung der Dringlichkeit wies er darauf hin, dass immer wieder marokkanische Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis einreisten und polizeilich abgeschoben würden. Sie erschienen dann mittellos in der Botschaft, die dadurch in eine schwierige Lage gerate.

Die Antwort des BMA vom 03.11.1960 ist wieder negativ. Man habe bereits entsprechende Anfragen aus Pakistan, dem Iran, Syrien, Afghanistan, Libyen, Ägypten, Zypern, Tunesien und weiteren Staaten abgelehnt und könne keine Berufungsgrundlage schaffen. Beruflich nicht oder nur unvollkommen ausgebildete, der deutschen Sprache unkundige, milieufremde ausländische Arbeitnehmer würden von den Betrieben eher als belastend denn als nützlich angesehen. Hinzu kämen finanzielle Sonderlasten für Reisekosten, Fürsorge- und Betreuungsmaßnahmen zur Eingewöhnung und Wohnunterbringung. Auch gebe es einen laufenden Zustrom deutscher Flüchtlinge aus der SBZ, der sowjetischen Besatzungszone, wie die DDR damals offiziell genannt wurde. Innerhalb des AA meldet sich ein Referat und weist auf den Vorrang der OEEC-Staaten (heute OECD) hin gemäß einem Beschluss des Rates vom 20.12.1956. Die OEEC verfügten noch über weit größere Reserven an Arbeitskräften, als die Bundesrepublik jemals benötigen werde.

---

### **3 Ein Machtwort des Ministers**

Zwei Jahre gehen ins Land, ohne dass sich den Akten Nennenswertes entnehmen ließe. Inzwischen wird am 13. August 1961 in Berlin eine Mauer gebaut, die den Strom von arbeitswilligen Flüchtlingen aus der DDR jäh unterbricht.

Am 15.10.1962 empfängt Bundesarbeitsminister Theodor Blank seinen marokkanischen Kollegen, Abdelkader Benjelloun, und sagt ihm den Abschluss einer Vereinbarung über die Anwerbung von Arbeitskräften zu. Deutschland sei vor allem an Bergleuten interessiert. Der marokkanische Minister schlug vor, von 20.000 Arbeitskräften auszugehen und zunächst 5.000 zu vermitteln. Die Minister einigten sich, dass die Verhandlungen über die Vereinbarung so bald wie möglich beginnen sollten.<sup>3</sup>

---

3 Aufzeichnung des BMA über das Ergebnis vom 19.10.1962

Bei der Sitzung des Interministeriellen Arbeitskreises für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer vier Tage später unterrichtet der Vertreter des BMA seine überraschten Kollegen über die Entwicklung und teilt mit, dass sein Minister ferner zugesagt habe, dass die illegal eingereisten marokkanischen Arbeitnehmer in Deutschland bleiben könnten. Dies sei Sache der Länder, bemerkt der Vertreter des Bundesinnenministeriums (BMI).

In einer internen Aufzeichnung des AA wird festgehalten: Obwohl der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an sich für die Abgabe derartiger Erklärungen an einen ausländischen Staat nicht zuständig war, erscheine es aus politischen Gründen nicht möglich, diese Zusage zu ignorieren. Es sei daher beabsichtigt, mit Marokko in Verhandlungen einzutreten.<sup>4</sup>

Im Interministeriellen Arbeitskreis besteht der Vertreter des BMI auf einem Kabinettsbeschluss, da eine Abweichung von der Linie des Arbeitskreises vorliege. Es werden Überlegungen angestellt, wie man die „an sich nicht erwünschte“ Zusage durch eine entsprechende Beschränkung des deutschen Zugeständnisses modifizieren könne. Später weist der Vertreter des BMI darauf hin, dass gemäß der Berichterstattung der Botschaft Rabat unter den marokkanischen Bergleuten zahlreiche Analphabeten seien und dass nach den bergpolizeilichen Vorschriften solche Personen nicht im Bergbau beschäftigt werden dürfen.<sup>5</sup>

Bei einer Ressortbesprechung zur Vorbereitung der Verhandlungen am 5. November 1962 stellt sich heraus, dass bereits ca. 4.000 Marokkaner eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in Deutschland haben. Damals bestand keine Visumpflicht, sie war im Jahr 1957 durch Notenwechsel abgeschafft worden. Daher war eine Einreise als Tourist möglich gewesen, wenn auch nicht legal, wenn ihr eigentliches Ziel die Arbeitsaufnahme war.<sup>6</sup>

Das BMI wird gebeten, auf die Länder einzuwirken, dass keine Ausweisungen mehr erfolgen. Das BMA erklärt, dass man vor allem an Bergleuten interessiert sei, da der deutsche Kohlebergbau stark auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen sei. In Marokko gebe es 600.000 Arbeitslose. Da Gruben im Norden Marokkos geschlossen wurden, seien Bergleute frei. Man einigt sich, dass erstens in der Bundesrepublik lebende Marokkaner in Deutschland bleiben dürfen und nach zwei Jahren zurückkehren und zweitens marokkanische Bergarbeiter für zwei Jahre „hereingenommen“ werden.

---

4 Aufzeichnung Ref. 505 an den Leiter der Rechtsabteilung (D5) vom 07.11.1962

5 Aufzeichnung BMA über die Sitzung des Interministeriellen Ausschusses vom 13.12.1962

6 Aufzeichnung des BMA über die Ressortbesprechung vom 05.11.1962

## 4 „Wilde“ Rekrutierung führt zu Problemen

Eine Regelung der Anwerbung war überfällig geworden, nachdem die Konsulate angewiesen worden waren, Analphabeten das Visum zur Arbeitsaufnahme in deutschen Bergwerken zu verweigern. Laut Bericht der Botschaft Rabat vom 03.01.1963 gibt es unter den arbeitslosen marokkanischen Bergleuten kaum jemanden, der lesen und schreiben kann. Seit Monaten hätten aber deutsche Bergwerksunternehmen bereits arbeitslose Bergleute rekrutiert, ohne Kenntnisse einer Sprache in Wort und Schrift zu verlangen. Im November 1962 waren sogar Vorstandsmitglieder von Bergwerksunternehmen samt Personalleitern in die Rekrutierungsgebiete Nordmarokkos gekommen, um sich von der Qualifikation der Arbeiter zu überzeugen.

„In den letzten Tagen häufen sich Fälle“, so die Botschaft, „wo zurückgewiesene Bewerber mit ordnungsgemäßen Papieren vor den Konsularstellen eine drohende Haltung einnehmen. Der Leiter der Außenstelle Tanger berichtet, dass etwa 20 angeworbene Bergleute, denen das Visum verweigert werden musste, auf ihren Koffern vor dem Konsulat sitzen bleiben und die Konsulatsangehörigen bedrohen.“ Der Bericht fährt fort: „Die Bewerber sind oft seit Jahren arbeitslos und leben am Rand des Existenzminimums. Sie haben in jedem Fall, ehe sie zur Visumserteilung bei den Konsularstellen erscheinen, erhebliche Aufwendungen für die Ausstellung eines Reisepasses, zur Erlangung des *avis favorable* der Botschaft und des marokkanischen Arbeitsministeriums sowie für die ärztliche Untersuchung aufbringen müssen und dabei oft letzte Ersparnisse aufgebraucht. Die Abweisung zerstört ihre Hoffnung auf einen menschenwürdigen Lebenserwerb. Hinweise auf die Erfordernisse der Grubensicherheit begegnen dem Einwand, dass Verwandte der Bewerber, die genauso wenig lesen und schreiben können, bereits im deutschen Bergbau tätig seien.“

Zur Betonung, wie dringlich eine Regelung des Problems sei, führt die Botschaft aus: „Die Gefahr, dass die Handelsvertretung der SBZ in Casablanca hiervon erfährt und die Angelegenheit propagandistisch auswertet, liegt auf der Hand. Auch muss damit gerechnet werden, dass die marokkanischen Gewerkschaften den Fall aufgreifen, um ihn zu einer politischen Kampagne gegen die Arbeitsmarktpolitik der Regierung zu benutzen, wobei es dann auch zu Angriffen gegen die Bundesregierung kommen dürfte.“

Schließlich meldet sich eines der Unternehmen, die auf eigene Faust Kumpel eingestellt hatten, und erklärt: „Wir sind nach wie vor bereit, diejenigen Marokkaner, die von uns eine Beschäftigungs- und Aufenthaltsszusicherung erhalten haben, zu den in den Bescheinigungen genannten Bedingungen zu beschäftigen. Soweit die

Zusicherung keine Einschränkung wegen der Sprachkenntnisse enthält, werden wir auch Sprachunkundige einstellen.“<sup>7</sup>

Der Bericht der Botschaft und die Zusicherungen des Unternehmens verfehlten ihre Wirkung offenbar nicht. Denn fortan war die Frage der vorhandenen Sprachkenntnisse kein Thema mehr.

---

## 5 Die Bundesregierung entscheidet

Am 28. Februar 1963 wird die gemeinsame Kabinettsvorlage des BMA und des AA von der Bundesregierung beschlossen. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die vom BMI geltend gemachte Grundsatzentscheidung der Bundesressorts, keine Anwerbevereinbarung mit außereuropäischen Staaten abzuschließen, unter besonderen Umständen Ausnahmen zulasse. Da der deutsche Kohlebergbau einen dringenden Bedarf an Facharbeitern habe und diese in Marokko gewonnen werden könnten, lägen solche Umstände vor. Der deutsche Bergbau habe mit marokkanischen Arbeitnehmern bisher gute Erfahrungen gemacht.<sup>8</sup>

Die Bundesregierung stimmt einer Anwerbevereinbarung mit der Regierung des Königreiches Marokko unter folgenden Bedingungen zu:

- a. Die Hereinnahme marokkanischer Arbeitnehmer beschränkt sich auf bergbautableiche Arbeitskräfte für den deutschen Steinkohlebergbau. Die Gesamtzahl der anzuwerbenden Arbeitskräfte richtet sich nach den Bedarfsmeldungen der Bergwerksgesellschaften.
- b. Die Anwerbung ist unter verantwortlicher Mitwirkung der BAVAV durch die interessierten Bergwerksgesellschaften durchzuführen.
- c. Den Bundesländern wird die Bundesregierung empfehlen, die Aufenthaltserlaubnis für die bis Ende 1962 unbefugt in das Bundesgebiet eingereisten marokkanischen Arbeitnehmer nachträglich zu erteilen, sofern nicht im Einzelfall zwingende Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit entgegenstehen.
- d. Die marokkanische Regierung verpflichtet sich, die Ausreise solcher marokkanischer Arbeitnehmer in das Bundesgebiet zu verhindern, denen keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis durch die deutschen Dienststellen zugesichert worden ist.

---

7 Fernschreiben des Eschweiler Bergwerkvereins an das BMA vom 11.01.1963

8 Ministervorlage des Ref. 505 (AA) vom 22.01.1963 und Vermerk Ref. 505 vom 28.02.1963

- e. Die marokkanische Regierung verpflichtet sich, die in der Bundesrepublik befindlichen marokkanischen Arbeitnehmer und ihre Familien, die eine Aufenthaltserlaubnis für das Bundesgebiet nicht oder nicht mehr besitzen, jederzeit formlos zurückzunehmen oder für ihre Heimbeförderung Sorge zu tragen.

Wenig später meldet sich die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) beim AA: Laut Mitteilung des Hauptverbandes des deutschen Baugewerbes sind allein im Baugewerbe in Nordrhein-Westfalen schon jetzt 1.600-2.000 Marokkaner beschäftigt. Die Betriebe bezeichnen die marokkanischen Arbeitnehmer als außergewöhnlich gut. Sie seien fleißig und anspruchslos und würden keinen Alkohol trinken, seien daher sehr disziplinierte Arbeitskräfte. Der Verband sei an weiterer Anwerbung von Marokkanern interessiert.<sup>9</sup>

---

## 6 Die ersten Anwerbeaktionen

Die Verhandlungen finden vom 14. bis 21. Mai 1963 in Bonn statt. Verhandlungsführer auf marokkanischer Seite ist Botschafter Abdeljalil, sein deutscher Gegenpart Ministerialdirigent Professor Meyer-Lindenberg aus dem AA. Das Ergebnis besteht aus der deutsch-marokkanischen Vereinbarung, einer Anlage I zum Anwendungsbereich sowie einem Musterarbeitsvertrag als Anlage II. (Eine Kopie dieser folgenreichen Vertragsurkunde samt ihren Anlagen – Anwendungsbereich und Musterarbeitsvertrag – ist im Anhang dieses Buches zu finden.) Nach Abschluss der Verhandlungen heißt es in der Staatssekretärsvorlage: „Die Vereinbarung hat sich in der Form weitgehend den marokkanischen Wünschen angepasst, in der Sache durch die Beschränkung ihres Anwendungsbereichs auf den deutschen Kohlebergbau gemäß Anlage I der Vereinbarung den sachlichen Erfordernissen der Bundesressorts entsprochen.“<sup>10</sup>

Vom 15. bis 23. Juli 1963 finden in Marokko Vorgespräche zur Vorbereitung der Anwerbung statt. Danach sollen die ärztlichen Untersuchungen nach Möglichkeit in den beiden Krankenhäusern in Oujda und Nador vorgenommen werden. Geplant ist die Auswahl von 500 Arbeitnehmern in vier Wochen. Die Arbeitsverträge müssen in Deutsch und Arabisch ausgefüllt werden, Informationsmaterial soll in den drei Sprachen Arabisch, Spanisch und Französisch zur Verfügung gestellt werden, „damit ein möglichst großer Teil der Bewerber in der Lage ist, sich die

---

9 Schreiben BDA an das Auswärtige Amt vom 03.04.1963

10 Staatssekretärsvorlage der Abt. 5 (AA) vom 22.05.1963

erforderlichen Aufschlüsse zu verschaffen“.<sup>11</sup> Mit Rücksicht auf das verbreitete Analphabetentum hatte das marokkanische Arbeitsministerium darum gebeten, den Zechen nahezulegen, in den ersten Tagen ihrer Anwesenheit den Marokkanern am Betriebsort den Inhalt der Merkblätter, der Arbeitsordnung usw. mündlich vorzutragen zu lassen.<sup>12</sup>

Das marokkanische Arbeitsministerium veranlasst durch die Arbeitsämter Oujda und Nador die Vorauslese geeigneter Bewerber, die nach Möglichkeit bereits Erfahrung im Bergbau haben sollen. Arbeitstäglich sollen der Auswahlgruppe 25 Interessenten vorgestellt werden.

Im April 1964 fand die zweite Rekrutierungsaktion in Oujda, Nador, Fès und Ksar-es-Souk (Er Rachidia) statt, im September/Okttober 1964 die dritte. Insgesamt wurden mit den drei Anwerbeaktionen 2.700 Marokkaner für den Kohlebergbau vermittelt. Mit 48,9 % der vorgestellten Kandidaten konnten Verträge abgeschlossen werden, wobei die besten Ergebnisse im Raum Nordmarokko erzielt wurden. Die Reise nach Deutschland erfolgt über Tanger durch Spanien und Frankreich.<sup>13</sup>

---

## 7 Die Anwerbevereinbarung wird geöffnet

Die Anwerbevereinbarung war etwas über ein Jahr alt, als Botschafter Abdeljalil im AA die Erweiterung der Anwerbung über den Bergbau hinaus ansprach. Die Vereinbarung sehe diese Möglichkeit vor, falls beide Seiten zustimmen (Art. 12). Seine Botschaft habe ein Problem mit der Rückführung von illegal eingereisten Staatsangehörigen. Die Botschaft gebe den Betroffenen Passersatzdokumente und Eisenbahnkarten, könne aber Repatriierungen wegen der finanziellen Belastung nicht im großen Umfang durchführen. Verschiedene illegale Agenturen, betrieben von Deutschen wie Marokkanern, beschäftigten sich mit der Vermittlung marokkanischer Arbeitskräfte. Sie arbeiteten im Auftrag deutscher Unternehmen, für die sie zum Preis von 500 DM pro Person Marokkaner nach Deutschland vermittelten. Seine Botschaft könne für die nach Deutschland geschleusten Landsleute keine Verantwortung übernehmen. Einige deutsche Dienststellen würden illegal eingereiste Marokkaner ohne vorherige Verständigung der Botschaft auf dem Luftweg nach Marokko zurück transportieren. Die Botschaft erhalte dann die Rechnungen

---

11 Für die Bergleute aus dem Rif, deren Muttersprache die Berbersprache Tarifit ist, dürfte das von begrenztem Nutzen gewesen sein.

12 Schreiben des BVAV an das BMA vom 29.08.1963

13 Bericht der Botschaft Rabat vom 29.04.1964



der Fluggesellschaft. Gegenwärtig häuften sich in der Botschaft viele Rechnungen, was ihn in eine schwierige Lage bringe.<sup>14</sup>

Der Interministerielle Arbeitskreis lehnte am 27.08.1964 die Erweiterung der Vereinbarung ab. Zur Abschiebeproblematik wurde festgestellt, dass die marokkanische Regierung lediglich die Reisekosten bis nach Marseille übernehme. Dies sei zu wenig, da Ausgewiesene aus Frankreich zurückkämen. In Zukunft sollen die Ausländerbehörden die marokkanische Botschaft unterrichten und erst nach Fristablauf den teureren Luftweg wählen.<sup>15</sup>

Wenige Monate später bringt der bevorstehende Staatsbesuch von König Hassan II Bewegung in das marokkanische Anliegen. In Antizipation einer entsprechenden königlichen Frage wird wohlwollende Prüfung in Aussicht gestellt. Allerdings würde die gegenwärtige Lage auf dem europäischen Arbeitsmarkt die weitere Herinnahme von Arbeitskräften aus außereuropäischen Ländern sehr beschränken. Es arbeiteten zu dieser Zeit 4.000-5.000 Marokkaner im Bergbau. Darüber hinaus lebten ca. 4.000 weitere Marokkaner im Bundesgebiet, die zum großen Teil illegal eingewandert waren. Sie lebten vorwiegend in Nordrhein-Westfalen, das bereit sei, ihren Aufenthalt zu legalisieren.<sup>16</sup> Die Botschaft Rabat berichtete, die Hereinnahme von 2.000-3.000 tunesischen Arbeitskräften auf der Grundlage der inzwischen geschlossenen deutsch-tunesischen Anwerbevereinbarung werde in Marokko mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Die marokkanische Seite rechne in Zukunft mit stärkerem Engagement der deutschen Privatindustrie in Marokko und hoffe deshalb, im Wege der Ausweitung der Vereinbarung marokkanische Arbeitnehmer in größerer Zahl zur Aus- und Fortbildung bei interessierten deutschen Firmen unterbringen zu können. Der innenpolitische Hintergrund in Marokko stelle sich folgendermaßen dar: Zu den ca. 500.000 Arbeitslosen müsse man ca. 1,5 Millionen chronisch unterbeschäftigte Männer addieren. Jährlich kämen 100.000-120.000 neue Arbeitskräfte hinzu, für die es im Lande keine Arbeitsmöglichkeit gebe. Sie verstärkten den sozialen Zündstoff.<sup>17</sup>

Der neue Arbeitsminister Katzer hatte in einem Gespräch mit dem ebenfalls neuen marokkanischen Arbeitsminister, Boutaleb, am 29.11.1965 zugesagt, die Wünsche der marokkanischen Regierung in Bezug auf die Erweiterung der Anwerbevereinbarung, die Legalisierung der illegal eingereisten marokkanischen Arbeitnehmer

---

14 Vermerk MDg Meyer-Lindenberg vom 31.07.1964

15 Vermerk AA (Ref. V 6) vom 29.08.1964

16 Zuschrift Ref. V 6 an I B 4 vom 26.02.1965

17 Bericht der Botschaft Rabat vom 18.11.1965 (vor dem Hintergrund von Unruhen in Casablanca mit zahlreichen Toten)

sowie die Bildung einer Gemischten deutsch-marokkanischen Kommission gem. Art. 12 Anwerbevereinbarung prüfen zu lassen.<sup>18</sup>

Beim Besuch des StS im marokkanischen Arbeitsministerium, Bennis, am 26.01.1966 in Bonn einigte man sich, die Gemischte Kommission noch im Februar zusammentreten zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt lebten schon 9.150 Marokkaner im Bundesgebiet, davon 6.350 in NRW und 2.100 in Hessen.<sup>19</sup>

Die Gemischte Kommission tagte vom 15. bis zum 21.02.1966 in Rabat und einigte sich auf eine Zusatzvereinbarung zur Anwerbevereinbarung, mit der die Anwerbung für alle Zweige der Wirtschaft geöffnet wurde. Sie wurde am 04.03.1966 vom deutschen Botschafter Voigt und von Bundesarbeitsminister Katzer unterzeichnet, der zur Feier des 10. Jahrestages der Unabhängigkeit nach Rabat gereist war. In einem Begleitschreiben zur Zusatzvereinbarung teilte Botschafter Voigt mit, dass deutschen Arbeitgebern ab sofort die Genehmigung zur Anwerbung von bis zu 3.000 Arbeitnehmern erteilt werde. Wenn diese Zahl erreicht wird oder binnen einer angemessenen Frist nicht erreicht wird, trete die Gemischte Kommission auf Antrag einer der beiden Seiten zusammen, um die Lage „im Geiste der deutsch-marokkanischen Zusammenarbeit“ zu prüfen.<sup>20</sup>

---

## 8 Ausblick

Im Gespräch mit Bundesarbeitsminister Katzer sprach Arbeitsminister Boutaleb die Einbeziehung marokkanischer Arbeitnehmer in die Sozialleistungen – insbesondere die Familienleistungen – an. Er forderte die Gleichstellung mit deutschen Arbeitnehmern. Bundesminister Katzer erwiderte, dass dies nur in Bezug auf Kindergeld gehe, da kein Sozialversicherungsabkommen zwischen Deutschland und Marokko bestehe. Er sei aber bereit, ein solches wohlwollend zu prüfen. Damit wurde ein neues Kapitel eröffnet, das erst am 25.03.1981 mit der Zeichnung des Abkommens über soziale Sicherheit abgeschlossen wurde.<sup>21</sup>

Was vor fünfzig Jahren mit der Vermittlung von wenigen Tausend marokkanischen Bergleuten für deutsche Kohlebergwerke begann, hat sich zu einer beachtlichen Migration entwickelt. Die Marokkaner in Deutschland sind zu einem wichtigen und dynamischen Teil der Wohnbevölkerung geworden. Die Ausländerstatistik des

---

18 Aufzeichnung BMA über Sitzung des Interministeriellen Arbeitskreises vom 21.01.1966

19 Vermerk des BMA vom 26.01.1966

20 Bericht der Botschaft Rabat vom 17.03.1966

21 Bundesgesetzblatt II, 550, 571

Jenseits von Rif und Ruhr

50 Jahre marokkanische Migration nach Deutschland

Pott, A.; Bouras-Ostmann, K.; Hajji, R.; Mocket, S. (Hrsg.)

2014, VIII, 307 S. 46 Abb., 37 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-00898-7